

»Genug des Gemetzels!« –

Die Zimmerwalder Konferenz im September 1915

Dr. Reiner Zilkenat, Hoppegarten

Im September 1915 waren die Illusionen der politischen und militärischen Eliten des deutschen Imperialismus vom August 1914, denen zufolge kein lang andauernder Krieg, sondern ein nur wenige Monate währender Feldzug bevorstünde, endgültig zerplatzt. Die realitätsfremden Annahmen, man werde bald den »siegreichen Einzug« der eigenen Truppen in Paris feiern, die europäische Landkarte nach eigenem Belieben neu gestalten sowie ein groß dimensioniertes Kolonialreich in Afrika aufbauen können, hatten lediglich die dem deutschen Imperialismus wesenseigene, maßlose Überschätzung der eigenen Ressourcen dokumentiert. [1] Während an der Westfront bereits seit dem Herbst 1914 der Stellungskrieg zur Realität geworden war, ging es seit Mitte September 1915 für die deutsche Armee und die mit ihr verbündeten Truppen der österreichisch-ungarischen Monarchie nach einigen erfolgreichen Offensiven auch im Osten nicht mehr voran. Die Oberste Heeresleitung befahl am 25. September deshalb auch hier den Übergang zum Stellungskrieg.

Die bisherige Bilanz des Krieges war erschreckend. Nicht nur Millionen Tote und Verwundete mussten beklagt werden, sondern der Krieg führte auch an den »Heimatfronten« zu Entbehrungen und Hunger. In Deutschland unterdrückte das Militär alle Bekundungen von Kritik und Ablehnung des Mordens an den Fronten sowie jegliche Forderungen nach einem schnellen Friedensschluss. Kurzum: Im Spätsommer 1915 wies alles darauf hin, dass der vor mehr als einem Jahr entfesselte Krieg noch längere Zeit andauern würde. Eine der entscheidenden Fragen lautete, wie sich die Führungen der Sozialdemokratie positionierten, die im August 1914 dem Kriegskurs ihrer Regierungen zugestimmt hatten, anstatt, gemäß den Resolutionen der Internationalen Sozialistenkongresse von Stuttgart (1907) und Basel (1912), alles zu tun, um den drohenden Krieg zu verhindern. Würden sie auch weiterhin ihre jeweiligen Regierungen durch die Bewilligung von Kriegskrediten, eine Politik des »Burgfriedens« und die Verbreitung von chauvinistischer Propaganda aktiv unterstützen?

Oppositionelle Sozialisten formieren sich

Die II. Internationale hatte im Sommer 1914 faktisch aufgehört zu existieren. Eine gemeinsame Politik auf europäischer Ebene war unmöglich geworden, da sich drei Gruppierungen gebildet hatten, die exakt die Frontstellungen der Kriegsparteien widerspiegelten: die sozialistischen Parteien der Entente und der Mittelmächte standen sich unversöhnlich gegenüber. Die Parteien der neutralen Staaten versuchten von Zeit zu Zeit vergeblich, die Internationale zu revitalisieren. Das Büro der Sozialistischen Internationale, das im Oktober 1914 von Brüssel nach Den Haag verlegt worden war, führte ein Schattendasein. Wie stellte sich die Lage in Deutschland dar?

Innerhalb der SPD-Reichstagsfraktion hatten sich die Auffassungen zur Bewilligung immer neuer Kriegskredite differenziert. Zwar votierte die große Mehrheit der Abgeordneten nach wie vor zugunsten entsprechender Gesetzesvorlagen. Karl Liebknecht hatte allerdings mit seiner Weigerung, im Dezember 1914 und im März 1915 der Regierung erneut die Gelder für die Fortsetzung des Krieges zu gewähren, eine Initialzündung ausgelöst. Otto Rühle stimmte

am 20. März 1915 ebenfalls gegen die Kriegskredite, dreißig Abgeordnete nahmen aus Protest nicht an der Abstimmung teil. Im gleichen Monat kam es zu insgesamt drei Treffen in den Wohnungen Wilhelm Piecks und Rosa Luxemburgs in Berlin, an denen u.a. Franz Mehring, Käthe und Hermann Duncker, Arthur Crispian und Otto Rühle teilnahmen. Hier berieten die oppositionellen Kräfte innerhalb der SPD ihr weiteres Vorgehen gegen den Kurs der Parteiführung und beschlossen eine eigene Zeitschrift, »Die Internationale«, herauszugeben, von der allerdings nur eine Ausgabe erscheinen konnte. Zugleich sammelte Clara Zetkin einen Kreis von Genossinnen um sich, die Aktionen gegen den Krieg und seine Befürworter in den eigenen Reihen planten [2]: »Wenn die Männer töten, so ist es an uns Frauen, für die Erhaltung des Lebens zu kämpfen. Wenn die Männer schweigen, so ist es unsere Pflicht, erfüllt von unseren Idealen die Stimme zu erheben.« [3]

Clara Zetkin, gegen die im April 1915 von den Militärbehörden die Briefzensur verhängt und die vom 29. Juli bis zum 10. Oktober inhaftiert worden war, hatte durch die von ihr mitinitiierte »Internationale Sozialistische Frauenkonferenz« in Bern, die vom 26. bis 28. März 1915 stattgefunden hatte, allen oppositionellen Sozialisten signalisiert, dass es auch unter den Bedingungen des Weltkrieges und ungeachtet der chauvinistischen Stimmungen innerhalb der Führungen ihrer Parteien möglich war, ein unübersehbares Zeichen gegen den Krieg zu setzen. Zwar war der Kreis der teilnehmenden Genossinnen mit 25 Delegierten klein. Aber entscheidend war, dass Frauen aus den wichtigsten kriegführenden Ländern, darunter aus Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Russland, gemeinsam berieten, auf welche Weise der Kampf gegen das Morden an den Fronten und die imperialistische Politik ihrer Regierungen geführt werden könnte. In der Resolution wurden die Frauen aufgerufen, mit Massenkundgebungen gegen den Krieg zu protestieren. In dem auf der Konferenz verabschiedeten »Manifest an die werktätigen Frauen« hieß es: »Wem nützt der Krieg? Nur einer kleinen Minderheit in jeder Nation. Zunächst den Fabrikanten von Flinten und Kanonen, von Panzerplatten und Torpedobooten, den Werftbesitzern und den Lieferanten des Heeresbedarfs. Im Interesse ihres Profits haben sie den Hass unter den Völkern geschürt und so zum Ausbruch des Krieges beigetragen. (...) Nicht die Verteidigung des Vaterlandes, seine Vergrößerung ist der Zweck dieses Krieges. So will es die kapitalistische Ordnung, denn ohne die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen kann sie nicht bestehen. Die Arbeiter haben durch diesen Krieg nichts zu gewinnen, wohl aber alles zu verlieren, was ihnen lieb und teuer ist.« [4]

Sozialchauvinismus eskaliert

Die Aktionen oppositioneller Sozialisten gegen den Krieg wurden im Sommer 1915 immer dringlicher. Denn die Verbreitung chauvinistischer und klassenindifferenter Propaganda durch die Führungen ihrer Parteien erreichte einen neuen Höhepunkt. Wie sah die entsprechende Lage in Deutschland aus?

Im August 1915 erschien in hoher Auflage unter dem Titel »Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland« ein umfangreiches Buch, das gemeinsam vom Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften, Carl Legien, und dem renommierten Historiker Friedrich Thimme herausgegeben wurde. [5] Darin entwarfen führende Sozialdemokraten, wie zum Beispiel Gustav Noske und Philipp Scheidemann, das Bild einer Nachkriegsgesellschaft, in der die Arbeiterklasse mit ihren Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei vollständig integriert sein sollten. Nicht mehr vom Klassenantagonismus und vom Klassenkampf war die Rede, sondern von der positiven Rolle des Krieges, eine scheinbar klassenneutrale »Volksgemeinschaft« herbeizuführen. Noske versicherte in seinem Beitrag, dass die Zustimmung zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 »aus ehrlichster Überzeugung« erfolgt sei. Es ginge im Krieg auch für die Sozialdemokraten darum, »mit restloser Hingabe von Kraft, Gut und Blut nach Möglichkeit Volk und Vaterland vor Schaden zu bewahren«. Auch Scheidemann sei zitiert: Als »neue« Definition des Sozialismus formuliert er Folgendes:

»Die gesamte Arbeitsleistung des Volkes mit ordnender, geistiger Kraft zu durchdringen und ihren Ertrag so zum Wohle der Gesamtheit zum höchsten Grade zu steigern – das ist der Grundgedanke des Sozialismus. (...) Wenn der Krieg eines der gegen uns gerichteten Vorurteile – das Vorurteil der Vaterlandslosigkeit – weggeräumt hat, so wird der Frieden hoffentlich auch noch zwei andere beseitigen: das Vorurteil, dass wir den Hass gegen die Reichen predigen und das Vorurteil, dass wir nur zerstören wollen. Es liegt uns nichts daran – etwa aus Neid oder Missgunst – Personen, die auf einer höheren Stufe der Lebenshaltung stehen, in die Tiefen herunter zu ziehen.« Angesichts dieser in den Ohren der Herrschenden erfreulich klingenden Aussagen erscheint Scheidemanns Schlussfolgerung durchaus verständlich: »Ich kann mir vorstellen, dass auch ein geistig hochstehender, im besten Sinne des Wortes patriotischer Unternehmer, ein begeisterter Sozialist sein kann.« [6]

Im Lichte derartiger Anschauungen ergab sich zwangsläufig die Frage, ob die in der Arbeiterbewegung traditionell geübte Solidarität der Mitglieder mit den Führungen von Partei und Gewerkschaften zur inhaltslosen Farce zu werden droht. Offenkundig ist die auf den Parteitag und den Internationalen Sozialistenkongressen vor 1914 beschlossene Politik, einschließlich ihrer weltanschaulichen Grundlagen, für Scheidemann, Noske und Co. zur Makulatur verkommen. Der 4. August signalisierte weitaus mehr als das Einschwenken auf den Kriegskurs der Regierung. Es ging, wie sich in den Monaten danach immer deutlicher zeigte, um die Verwandlung der Sozialdemokratischen Partei in eine »nationale«, sozialreformerische, letztlich bürgerliche Organisation, die fortan nur noch innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung gewisse Verbesserungen für die Arbeitenden durchzusetzen bestrebt war. Dies konnte von den revolutionären Kräften innerhalb der Partei nicht unbeantwortet bleiben. Deshalb unterstützten sie auch die Vorbereitungen einer Internationalen Konferenz, die in der Schweiz stattfinden und die oppositionellen Kräfte aus den europäischen sozialistischen Parteien zusammenführen sollte.

Der Botschaft von Zimmerwald

Die vom 5. bis 8. September 1915 in Zimmerwald in der Nähe von Bern durchgeführte Konferenz oppositioneller Sozialdemokraten, an deren Vorbereitung vor allem der Schweizer Sozialdemokrat Robert Grimm großen Anteil hatte, bearbeitete zwei Themenstellungen. [7] Zum einen stand der Kampf für die Beendigung des Krieges im Mittelpunkt. Zum anderen ging es auch darum, ob die Trennung von der Sozialistischen Internationale und eine neue Internationale vorzubereiten sei, die sich von der Politik der Führungen der sozialdemokratischen Parteien klar distanzierte, stattdessen wieder an die Traditionen des Internationalismus und des Klassenkampfes anknüpfte und sie angesichts der durch den imperialistischen Weltkrieg entstandenen Lage weiter entwickelte.

Während bei der Frage von Aktionen gegen den Krieg eine weitgehende Übereinstimmung herrschte, bot sich bei der Diskussion um die Konstituierung einer neuen, einer revolutionären Internationale, ein anderes Bild. Von Anfang an vertraten die Bolschewiki um W. I. Lenin und G. J. Sinowjew die Position, dass letztlich die Herstellung einer III. Internationale die zwingende Konsequenz der sozialchauvinistischen Politik der Parteiführungen in den kriegführenden Ländern sei und unverzüglich vorbereitet werden müsste. Auch Julian Borchardt, Mitglied der deutschen Delegation, Herausgeber der Zeitschrift »Lichtstrahlen – Zeitschrift für internationalen Kommunismus«, unterstützte neben anderen, die fortan die »Zimmerwalder Linken« genannt wurden, diese Auffassung. Andererseits war die Mehrheit der Delegierten noch nicht bereit, sich organisatorisch von den Parteien der II. Internationale zu lösen. Sie waren der Meinung, es ginge jetzt primär darum, die Forderung nach der Beendigung des Weltkrieges in das Zentrum der Konferenz und der hier zu verabschiedenden Dokumente zu stellen. Zu denen, die diese Meinung vertraten, gehörten die Reichstagsabgeordneten der SPD Georg Ledebour und Adolph Hoffmann. Nach einem komplizierten Prozess der Meinungsbildung verabschiedeten schließlich die Delegierten ein »Manifest an die Proletarier Europas«. Sie wurden zu aktivem Handeln aufgerufen: »Nun gilt es, für die eigene Sache, für die heiligen Ziele des

Sozialismus, für die Erlösung der unterdrückten Völker wie der geknechteten Klassen einzutreten durch den unversöhnlichen proletarischen Klassenkampf. Aufgabe und Pflicht der Sozialisten der kriegführenden Länder ist es, diesen Kampf mit voller Wucht aufzunehmen ...« [8]

Die Linken auf der Zimmerwalder Konferenz hatten den alternativen Entwurf eines Manifestes vorgelegt, der von der Mehrheit der Delegierten allerdings nicht angenommen wurde. Hier waren die Formulierungen zur Notwendigkeit des Kampfes gegen den Krieg konkreter und zugespitzter formuliert worden: »Alle eure Organisationen und eure ganze Presse müsst ihr ausnutzen, um in den breiten Massen, die unter der Last des Krieges stöhnen, die Empörung gegen den Krieg zu wecken. Ihr müsst auf die Straße gehen und den herrschenden Klassen den Ruf ins Gesicht schleudern: Genug des Gemetzels! (...) Sturz der kapitalistischen Regierungen – das ist das Ziel, das sich die Arbeiterklasse aller kriegführenden Länder setzen muss, denn erst dann, wenn dem Kapital die Macht entrissen ist, über Leben und Tod der Völker zu bestimmen, wird der Ausbeutung der einen Völker durch die anderen, erst dann wird den Kriegen ein Ende gemacht werden. Friedliche Druckmittel werden nicht genügen, um den Feind niederzuzwingen ...« [9]

In diesem Dokument war auch die Perspektive, eine neue »machtvolle Internationale« auf revolutionärer Grundlage zu konstituieren, »die dem Krieg und dem Kapitalismus ein Ende bereiten wird«, deutlich angesprochen worden. [10]

Zimmerwald als wichtige Zäsur

Wie auch immer man die auf der Zimmerwalder Konferenz verabschiedeten bzw. zur Abstimmung gestellten Dokumente interpretieren mag, eines stand von jetzt an fest: Länderübergreifend hatten sich Genossinnen und Genossen zusammengefunden, um dem chauvinistischen Taumel auch in den sozialdemokratischen Parteiführungen Paroli zu bieten und Aktionen gegen den Krieg zu vereinbaren. In diesem Zusammenhang war das gemeinsam von den deutschen und französischen Delegierten verabschiedete Dokument von großer Bedeutung, das sich gegen die nationalistische Hetze in ihren Ländern wandte. Wie Lenin es formulierte, stellten die Zimmerwalder Konferenz und ihre Ergebnisse »einen ersten Schritt« dar: »Langsam schreitet in der Epoche der durch den Krieg verursachten unerhört schweren Krise die Entwicklung der internationalen sozialistischen Bewegung voran, doch immerhin bewegt sie sich unverkennbar in Richtung auf den Bruch mit dem Opportunismus und Sozialchauvinismus.« [11] Lenin kritisierte bei aller Anerkennung der in Zimmerwald erzielten Fortschritte, dass im verabschiedeten Manifest, das er mit unterzeichnet hatte, die sozialchauvinistische Politik der sozialdemokratischen Parteiführungen nicht in Verbindung gebracht werde »mit der langjährigen Geschichte von Entstehung, Wachstum, Reife und Überreife der gesamteuropäischen, opportunistischen Richtung, die tiefe ökonomische Wurzeln hat«. Ferner bemängelt er, dass »von den revolutionären Kampfmitteln«, die im Kampf für den Frieden notwendig seien, »mit keinem Wort gesprochen werde«. Insgesamt analysiert Lenin, dass der Text des Manifestes in wichtigen Passagen »Halbheit, Inkonsequenz und Ängstlichkeit« beinhalte. Trotz alledem: Eine Ablehnung dieses Dokumentes »wäre Sektierertum gewesen«. Denn man hätte darauf verzichtet, »gemeinsam mit der Minderheit der Deutschen, Franzosen, Schweden, Norweger und Schweizer diesen Schritt vorwärts zu machen«, der »zum wirklichen Kampf gegen den Opportunismus, zum Bruch und zur Spaltung mit dem Opportunismus« bedeute. Das Signal von Zimmerwald bedeutete letztlich, trotz aller unübersehbaren politischen Differenzen, eine große Ermutigung für alle oppositionellen Kräfte innerhalb der europäischen Sozialdemokratie. Als Widerpart des wirkungslos dahin siechenden Büros der Sozialistischen Internationale in Den Haag wurde eine alternative Internationale Sozialistische Kommission (ISK) gebildet. Die Zeiten, in denen die sozialchauvinistischen Parteiführungen ohne spürbaren Gegenwind agieren konnten, waren endgültig vorüber. [12]

Anmerkungen

[1] 1 Siehe Eckhard Müller: »Jetzt oder nie!« Zum 100. Jahrestag der Entfesselung des Ersten Weltkrieges im Sommer 1914, in:

www.fabgab.de/downloads/e.muellerentfesselung1.wk.pdf; Reiner Zilkenat:

»Vaterlandsverteidigung« oder »Diesem System keinen Mann und keinen Groschen«? Gedanken zur Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE, Heft 7/2014, S. 1ff.; Stefan Bollinger: Weltbrand, »Urkatastrophe« und linke Scheidewege. Fragen an den »Großen Krieg«, Berlin 2014, S. 37ff.

[2] 1 Siehe Marga Voigt: Clara Zetkin und ihr Wirken gegen den Krieg im Spiegel ihrer Briefe, in: Bernd Hüttner, Hrsg.: Verzögerter Widerstand. Die Arbeiterbewegung und der Erste Weltkrieg, Berlin 2015, S. 59ff.

[3] Zitiert nach ebenda, S. 63.

[4] 1 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1: Juli 1914 – Oktober 1917, Berlin 1958, Nr. 55, S. 126.

[5] Siehe: Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland. Hrsg. von Friedrich Thimme u. Carl Legien, Leipzig 1915.

[6] Die vorstehenden Zitate nach ebenda, S. 15, 37 und 65f.

[7] 2 Zur Zimmerwalder Konferenz, zu ihrer Vorgeschichte und ihren Folgen existiert eine umfangreiche Dokumentensammlung: Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenzen. Hrsg. von Horst Lademacher, Den Haag und Paris 1967, 2 Bde. Die Einleitung behandelt ausführlich die Vorgeschichte der Konferenz (S. XXI-LXI). Siehe auch: Reiner Tosstorff: Die Zimmerwalder Bewegung, in: Bernd Hüttner, Hrsg.: Verzögerter Widerstand, S. 46ff.

[8] Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Nr. 79, S. 228f.

[9] 2 Ebenda, Nr. 80, S. 231f.

[10] 3 Ebenda, S. 232.

[11] Ebenda, W. I. Lenin: Ein erster Schritt, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Nr. 82, S. 235. Die folgenden Zitate: ebenda, S. 238 und 239.

[12] Siehe zum größeren Zusammenhang die Darstellung von Heinz Karl: Notwendigkeit und Dringlichkeit der Gründung der III. Internationale, in: Geschichtskorrespondenz, Juni 2015, S. 3ff (www.die-linke.de/fileadmin/download/geschichtskorrespondenz2015/geschichtskorrespondenz_Juni2015.pdf).